

**November 26, 1992**

**State Minister Schmidbauer's Meeting with an  
Islamic Parliamentary Delegation led by Prof.  
Erbakan (Turkey) on 24 November 1992 in the  
Chancellor's Office**

**Citation:**

"State Minister Schmidbauer's Meeting with an Islamic Parliamentary Delegation led by Prof. Erbakan (Turkey) on 24 November 1992 in the Chancellor's Office", November 26, 1992, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59736, 248-252. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger.

<https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/300190>

**Summary:**

Schmidbauer and Erbakan discuss the situation of Muslims in Western countries and in Germany in particular against the background of rising xenophobia in unified Germany. Erbakan sees Germany as a good Western partner for Muslim countries.

**Original Language:**

German

**Contents:**

Original Scan

Transcript - German

Translation - English

Referatsleiter 214  
 VLR I Dr. Hauswede11 (2216)

Bonn, den 26. November 1992

247  
 29

Über

Herrn Gruppenleiter *21/10 22m*

Herrn Abteilungsleiter 2

Herrn Chef des Bundeskanzleramtes

Herrn Staatsminister Schmidbauer

27. Nov. 92  
 30. Nov. 92  
*27/10 22m*

Betr.: Ihr Gespräch mit einer islamischen Parlamentarier-Delegation im  
 Bundeskanzleramt am 24. November;  
hier: Vorlage des Gesprächsvermerks

Anlg.: - 1 -

In der Anlage wird der Gesprächsvermerk für Ihr o.g. Gespräch mit einer  
 islamischen Parlamentarier-Delegation am 24. November mit der Bitte um  
 Billigung vorgelegt. Gleichzeitig wird um Ihr Einverständnis gebeten, ein  
 Doppel des Vermerks dem Auswärtigen Amt zur Kenntnis zu geben.

*Handwritten signature*

Herr AL 6, der mit Ihnen das Gespräch führte, erhält separates Doppel.

*Handwritten signature of Dr. Hauswede11*

(Dr. Hauswede11)

Referatsleiter 214

Bonn, den 26. November 1992

VLR I Dr. Hauswedell (2216)

Vermerk

Betr.: Empfang einer islamischen Parlamentarierdelegation unter Leitung von Prof. Erbakan (Türkei) durch StM Schmidbauer am 24. November im Bundeskanzleramt;

hier: Gesprächsvermerk

## I.

Staatsminister Schmidbauer und AL 6 empfingen am 24. November im Bundeskanzleramt eine islamische Parlamentarierdelegation, die von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten a.D. und Präsidenten der türkischen Wohlfahrtspartei, Prof. Dr. Necmettin Erbakan geleitet wurde. Bei den übrigen Mitgliedern der Delegation handelte es sich um pakistanische, jordanische, malaysische, ägyptische und bangladeschische Abgeordnete, die in ihren Heimatstaaten eher dem islamisch-fundamentalistischen Flügel zuzurechnen sind (Delegationsliste in der Anlage).

Das Hauptanliegen der Besucher, die im Bundeskanzleramt auf Betreiben der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Vorsitzenden des Unterausschusses "Menschenrechte und humanitäre Hilfe" des Auswärtigen Ausschusses, Herrn MdB Friedrich Vogel (Ennepetal), empfangen wurden, war im voraus dahingehend angekündigt worden, daß die "Möglichkeiten der Friedensentwicklung und des besseren Verständnisses zwischen dem Islam und dem Westen" erörtert werden sollten. Wie sich bei dem Gespräch zeigte, verfolgte die Delegation -, auch unter Anspielung auf die jüngsten ausländerfeindlichen Ausschreitungen in unserem Lande - jedoch sehr viel spezifischere politische Ziele und Vorschläge.

## II.

Die Hauptanliegen der Delegation, die größtenteils von Prof. Erbakan, aber auch von anderen Abgeordneten, vorgetragen wurden, lauteten wie folgt:

1. Die Delegation brachte das Unbehagen der islamischen Welt gegenüber der nach ihrer Ansicht bestehenden Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit des

...



Westens zum Ausdruck, die Moslems in Bosnien-Herzegovina in entsprechender Weise zu schützen und vor der Vernichtung zu bewahren. Die islamische Welt - und dabei gab die Delegation an, daß sie Staaten und Völker vertrete, die immerhin 1,5 Mrd Moslems repräsentierten - würde die Vernichtung der Moslems auf dem Balkan nicht tatenlos hinnehmen. Sie ließ eine klare Präferenz für militärische Maßnahmen zum Schutz der bedrohten Moslems erkennen. Der Westen unternehme nicht genügend, um die gegenwärtigen anti-moslemischen Propagandaäußerungen und Vorstöße der Serben entschieden zurückzuweisen. Dadurch habe sich in der islamischen Welt der Eindruck eines Religionskrieges verstärkt. Hier, bei diesem Gespräch unter Personen mit internationaler Erfahrung, könne man die Probleme noch rational erfassen und darstellen; auf der Ebene der einfacheren Bevölkerung bzw. in den Moscheen werde diese Problematik bereits sehr viel emotionaler behandelt. Die Situation der Moslems auf dem Balkan könne zu einem neuen Balkankrieg, eventuell zu einem Weltkrieg führen.

Die Delegation führte aus, daß in der Türkei die Überlegungen zunähmen, zusammen mit dem Iran und Pakistan möglicherweise zu einem militärischen Schutz der Moslem zu intervenieren. An Deutschland wurde die Bitte gerichtet, daß wir wenigstens eine militärische Aktion anderer Staaten begrüßen sollten, wenn wir uns schon nicht selbst an militärischen Aktionen beteiligen könnten (was man verstehe).

2. In diesem Zusammenhang beklagte die Delegation auch generell einen westlichen Doppelstandard gegenüber den islamischen Völkern und Staaten im Hinblick auf das Selbstbestimmungsrecht. In Bosnien, in Kashmir, in Aserbaidschan, überall werde islamischen Völkern ein wirkliches Selbstbestimmungsrecht nicht zugebilligt.
3. Ein drittes Hauptanliegen der Delegation bestand darin, Deutschland - unter Verwendung von sehr viel Schmeichelei und auch mit dem offensichtlichen Hintergedanken, uns von den USA und anderen wichtigen westlichen Alliierten zu entzweien - als Hauptansprechpartner und Wunschpartner der islamischen Völker bei einer engeren Zusammenarbeit darzustellen. Es gab konkrete Aufforderungen, daß wir uns von den Embargo-Maßnahmen der Vereinten Nationen gegenüber Libyen und dem Irak aus der westlichen Allianz herauslösen und zumindestens die humanitären Lieferungen von Arzneimitteln und Dünger in den Irak gestatten sollten.



4. Bezüglich der besseren Ausgestaltung des deutsch-türkischen bzw. des deutsch-islamischen Verhältnisses gab Prof. Erbakan - auch unter Anspielung auf die jüngsten Morde von Mölln - folgende Einschätzungen und Vorschläge ab:

- Fernsehsendungen in Deutschland hätten eine gefährliche Einwirkung auf die Ausländerfeindlichkeit gehabt. Hier sei in Zukunft besondere Vorsicht geboten (keine nähere Erläuterung der beanstandeten Fernsehsendungen).
- In deutschen Schulbüchern und "offiziellen" Schriften (sic) seien nach wie vor viele Vorurteile gegenüber dem Islam zu finden. Ein Kölner Universitätsinstitut habe in einer achtbändigen Sammlung eine Reihe von Empfehlungen vorgelegt und die bestehenden Vorurteile aufgeführt. Vielleicht sei es an der Zeit, eine Schulbuchkommission einzurichten, die Empfehlungen für die Tilgung von Vorurteilen aus den Schulbüchern machen könnte.
- Die deutschen Gesetze seien nach wie vor zu lasch im Umgang mit extremistischen Gewalttätern. Aus seiner türkischen Erfahrung könne er nur sagen, daß man Terroristen auch mit terroristischen Mitteln bekämpfen müßte.
- Das Auftreten der kurdischen PKK in Deutschland sei rügenswert. Es handele sich eindeutig um eine terroristische Organisation. Obwohl der Bundesinnenminister kürzlich der PKK die Wahlen zu einem kurdischen Nationalparlament in Deutschland untersagt habe, seien in Deutschland überall Aufrufe zu diesen Wahlen zu finden. Damit sei erwiesen, daß Deutschland das Verbot politischer Betätigung nicht strikt überwache.
- Hinsichtlich der Integration der in Deutschland lebenden 1,6 Mio Türken sei es wichtig, daß die Bundesregierung sich bereit-erkläre, zusammen mit den türkischen Organisationen die Integration zu betreiben. Gemeinsame Programme für die Integration, die auch über die Moscheen an die türkische Bevölkerung

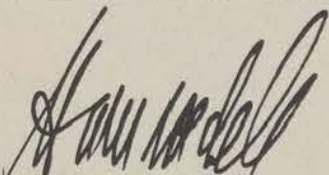


herangetragen werden könnten, seien der beste Weg zur Integration. Wenn dies nicht geschehe, sei es möglich, daß die Spannungen der türkischen Bevölkerung mit der deutschen Bevölkerung zunehmen.

### III.

Staatsminister Schmidbauer und Abteilungsleiter 6 legten im Verlauf des Gesprächs unsere Positionen zu den angesprochenen Punkten dar. Sie wandten sich insbesondere gegen den Eindruck, daß es sich bei dem Krieg auf dem Balkan primär um eine religiöse Auseinandersetzung handele und daß der Westen stillschweigend das serbische Vorgehen und seine anti-moslemische Komponente dulde. Im Gegenteil sei das entschlossene Auftreten des Westens gegen Serbien von Anfang an belegbar. Die Bundesrepublik Deutschland habe ihrerseits durch die jüngst erfolgte Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bosnien-Herzegowina und der Bekräftigung, das gewaltsam veränderte Grenzen unakzeptabel seien, gerade auch für die bedrohten Moslems ein Zeichen gesetzt. Die von der Delegation angeführte Präferenz für die militärische Lösung - insbesondere in der Form des Einsatzes militärischer Kontingente islamischer Staaten - sei in dieser Form sehr gefährlich, weil sie nur dazu dienen würde, den bestehenden Bürgerkrieg durch die religiöse Komponente weiter anzufachen.

Hinsichtlich der von der Delegation beklagten Ungerechtigkeiten der neuen Weltordnung und der angeblichen Benachteiligung der islamischen Staaten und Völker führte AL 6 aus, daß die bestehende, auf den Vereinten Nationen beruhende Weltordnung, mit ihren Prinzipien von Gleichheit, Religionsfreiheit und Menschenrechten nach wie vor die beste Verständnisgrundlage für die unterschiedlichen Religionen und Kulturen darstelle.



(Dr. Hauswedell)

252  
234

**COUNCIL OF MEMBERS OF  
PARLIAMENTS OF THE ISLAMIC COUNTRIES**

---

1. Prof. Dr. Necmettin ERBAKAN  
Chairman of The Wealfare Party  
Former Deputy Prime Minister of Turkey  
**Adress:** 11. Sok. No: 24  
Balgat - ANKARA - TÜRKİYE  
**Tel:** (4) 2867000 **Fax:** (4) 4205319
  
2. Assistant Professor Dr. Abdullah GÜL  
Member of Turkish Parliament  
and Member of European Council Assembly  
**Adress:** TBMM  
Ankara-TÜRKİYE  
**Tel:** (4) 4205792 **Fax:** 4205319
  
3. Mr. Kamil SHARİF  
Senator, Jordan  
Secretary General, International  
Dawa and Relief Organization, Cairo  
**Adrees:** P.O. Box 591  
Amman - JORDAN  
**Tel:** (6) 661957 **Fax:** 611950
  
4. Mr. Liagat BALUCH  
Member, National Assembly of Pakistan  
PAKİSTAN
  
5. Mr. Abdul Hadi AWANG  
Member of Parliament of Malasia  
Vice President, Party Islamic,  
**Adress:** Markaz Tarbiah PAS Pusat  
Taman Melewar, Batu Caues,  
Selengor - MALASIA  
**Tel:** (03) 6895612 **Fax:** (03) 6889520
  
6. Mr. Motei-ur Rahman NİZAMİ  
Sec. General Jamaat-e Islami, BD  
Leader of The Parliamentary Party  
**Adress:** 305 Elephant Road  
Bara Mogh Bazar, Dhaka-1217  
BANGLADESH  
**Tel:** (02) 417670
  
7. Mr. Jemaleddin KUTUP  
Member of Egyptian Parliament  
Cairo- EGYPT  
**Tel:** (2) 3457574



Referatsleiter 214  
den 26. November 1992  
VLR I Dr. Hauswedell

Bonn,

### **V e r m e r k**

#### **Betr.: Empfang einer islamischen Parlamentarierdelegation unter Leitung von Prof. Erbakan (Türkei) durch StM Schmidbauer am 24. November im Bundeskanzleramt**<sup>[1]</sup>

Staatsminister Schmidbauer und AL 6 empfingen am 24. November im Bundeskanzleramt eine islamische Parlamentarierdelegation, die von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten a.D. und Präsidenten der türkischen Wohlfahrtspartei, Prof. Dr. Necmettin Erbakan geleitet wurde. Bei den übrigen Mitgliedern der Delegation handelte es sich um pakistanische, jordanische, malaysische, ägyptische und bangladeschische Abgeordnete, die in ihren Heimatstaaten eher dem islamisch-fundamentalistischen Flügel zuzurechnen sind (Delegationsliste in der Anlage).

Das Hauptanliegen der Besucher, die im Bundeskanzleramt auf Betreiben der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Vorsitzenden des Unterausschusses "Menschenrechte und humanitäre Hilfe" des Auswärtigen Ausschusses, Herrn MdB Friedrich Vogel (Ennepetal), empfangen wurden, war im voraus dahingehend angekündigt worden, daß die "Möglichkeiten der Friedensentwicklung und des besseren Verständnisses zwischen dem Islam und dem Westen" erörtert werden sollten. Wie sich bei dem Gespräch zeigte, verfolgte die Delegation -, auch unter Anspielung auf die jüngsten ausländerfeindlichen Ausschreitungen in unserem Lande - jedoch sehr viel spezifischere politische Ziele und Vorschläge.

Die Hauptanliegen der Delegation, die größtenteils von Prof. Erbakan, aber auch von anderen Abgeordneten, vorgetragen wurden, lauteten wie folgt:

1. Die Delegation brachte das Unbehagen der islamischen Welt gegenüber der nach ihrer Ansicht bestehenden Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit des

Westens zum Ausdruck, die Moslems in Bosnien-Herzegowina in entsprechender Weise zu schützen und vor der Vernichtung zu bewahren. Die islamische Welt - und dabei gab die Delegation an, daß sie Staaten und Völker vertrete, die immerhin 1,5 Mrd. Moslems repräsentierten - würde die Vernichtung der Moslems auf dem Balkan nicht tatenlos hinnehmen. Sie ließ eine klare Präferenz für militärische Maßnahmen zum Schutz der bedrohten Moslems erkennen. Der Westen unternehme nicht genügend, um die gegenwärtigen anti-moslemischen Propagandaäußerungen und Vorstöße der Serben entschieden zurückzuweisen. Dadurch habe sich in der islamischen Welt der Eindruck eines Religionskrieges verstärkt. Hier, bei diesem Gespräch unter Personen mit internationaler Erfahrung, könne man die Probleme noch rational erfassen und darstellen; auf der Ebene der einfacheren Bevölkerung bzw. in den Moscheen werde diese Problematik bereits sehr viel emotionaler behandelt. Die Situation der Moslems auf dem Balkan könne zu einem neuen Balkankrieg, eventuell zu einem Weltkrieg führen.

Die Delegation führte aus, daß in der Türkei die Überlegungen zunähmen, zusammen mit dem Iran und Pakistan möglicherweise zu einem militärischen Schutz der Moslem zu intervenieren. An Deutschland wurde die Bitte gerichtet, daß wir wenigstens eine militärische Aktion anderer Staaten begrüßen sollten, wenn wir uns schon nicht selbst an militärischen Aktionen beteiligen könnten (was man verstehe).

2. In diesem Zusammenhang beklagte die Delegation auch generell einen westlichen Doppelstandard gegenüber den islamischen Völkern und Staaten im Hinblick auf das Selbstbestimmungsrecht. In Bosnien, in Kashmir, in Aserbaidschan, überall werde islamischen Völkern ein wirkliches Selbstbestimmungsrecht nicht zugebilligt.

3. Ein drittes Hauptanliegen der Delegation bestand darin, Deutschland - unter Verwendung von sehr viel Schmeichelei und auch mit dem offensichtlichen Hintergedanken, uns von den USA und anderen wichtigen westlichen Alliierten zu entzweien - als Hauptansprechpartner und Wunschpartner der islamischen Völker bei einer engeren Zusammenarbeit darzustellen. Es gab konkrete Aufforderungen, daß wir uns von den Embargo-Maßnahmen der Vereinten Nationen gegenüber Libyen und dem Irak aus der westlichen Allianz herauslösen und zumindestens die humanitären Lieferungen von Arzneimitteln und Dünger in den Irak gestatten sollten.



4. Bezüglich der besseren Ausgestaltung des deutsch-türkischen bzw. des deutsch-islamischen Verhältnisses gab Prof. Erbakan - auch unter Anspielung auf die jüngsten Morde von Mölln - folgende Einschätzungen und Vorschläge ab:

Fernsehsendungen in Deutschland hätten eine gefährliche Einwirkung auf die Ausländerfeindlichkeit gehabt. Hier sei in Zukunft besondere Vorsicht geboten (keine nähere Erläuterung der beanstandeten Fernsehsendungen).

In deutschen Schulbüchern und "offiziellen" Schriften (sic) seien nach wie vor viele Vorurteile gegenüber dem Islam zu finden. Ein Kölner Universitätsinstitut habe in einer achtbändigen Sammlung eine Reihe von Empfehlungen vorgelegt und die bestehenden Vorurteile aufgeführt. Vielleicht sei es an der Zeit, eine Schulbuchkommission einzurichten, die Empfehlungen für die Tilgung von Vorurteilen aus den Schulbüchern machen könnte.

Die deutschen Gesetze seien nach wie vor zu lasch im Umgang mit extremistischen Gewalttätern. Aus seiner türkischen Erfahrung könne er nur sagen, daß man Terroristen auch mit terroristischen Mitteln bekämpfen müßte.

Das Auftreten der kurdischen PKK in Deutschland sei rügenswert. Es handele sich eindeutig um eine terroristische Organisation. Obwohl der Bundesinnenminister kürzlich der PKK die Wahlen zu einem kurdischen Nationalparlament in Deutschland untersagt habe, seien in Deutschland überall Aufrufe zu diesen Wahlen zu finden. Damit sei erwiesen, daß Deutschland das Verbot politischer Betätigung nicht strikt überwache.

Hinsichtlich der Integration der in Deutschland lebenden 1,6 Mio Türken sei es wichtig, daß die Bundesregierung sich bereiterkläre, zusammen mit den türkischen Organisationen die Integration zu betreiben. Gemeinsame Programme für die Integration, die auch über die Moscheen an die türkische Bevölkerung

herangetragen werden könnten, seien der beste Weg zur Integration. Wenn dies nicht geschehe, sei es möglich, daß die Spannungen der türkischen Bevölkerung mit der deutschen Bevölkerung zunehmen.

Staatsminister Schmidbauer und Abteilungsleiter 6 legten im Verlauf des Gesprächs unsere Positionen zu den angesprochenen Punkten dar. Sie wandten sich insbesondere gegen den Eindruck, daß es sich bei dem Krieg auf dem Balkan primär um eine religiöse Auseinandersetzung handle und daß der Westen stillschweigend das serbische Vorgehen und seine anti-moslemische Komponente dulde. Im Gegenteil sei das entschlossene Auftreten des Westens gegen Serbien von Anfang an belegbar. Die Bundesrepublik Deutschland habe ihrerseits durch die jüngst erfolgte Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bosnien-Herzegowina und der Bekräftigung, das gewaltsam veränderte Grenzen unakzeptabel seien, gerade auch für die bedrohten Moslems ein Zeichen gesetzt. Die von der Delegation angeführte Präferenz für die militärische Lösung - insbesondere in der Form des Einsatzes militärischer Kontingente islamischer Staaten - sei in dieser Form sehr gefährlich, weil sie nur dazu dienen würde, den bestehenden Bürgerkrieg durch die religiöse Komponente weiter anzufachen.

Hinsichtlich der von der Delegation beklagten Ungerechtigkeiten der neuen Weltordnung und der angeblichen Benachteiligung der islamischen Staaten und Völker führte AL 6 aus, daß die bestehende, auf den Vereinten Nationen beruhende Weltordnung, mit ihren Prinzipien von Gleichheit, Religionsfreiheit und Menschenrechten nach wie vor die beste Verständnisgrundlage für die unterschiedlichen Religionen und Kulturen darstelle.

Council of Members of Parliamentarians of the Islamic Countries

1, Prof. Dr. Necmettin Erbakan: Chairman of The Welfare Party Former Deputy Prime Minister of Turkey

2. Assistant Professor Dr. Abdullah Gül: Member of Turkish Parliament and Member of European Council Assembly

3. Mr. Kamil Sharif: Senator, Jordan Secretary General, International Dawa and Relief Organization

4. Mr. Liagat Baluch: Member, National Assembly of Pakistan

5. Mr. Abdul Hadi Awang: Member of Parliament of Malaysia Vice President, Party Islamic

6. Mr. Moteiur Rahman NIZAM: Sec. General Jamaat-e Islami, BD Leader of The Parliamentary Party

7. Mr, Jemaleddin Kutup: Member of Egyptian Parliament Cairo

[\[1\]](#) BArch, B 136/59736, 248-252.



Head of Division 214  
Bonn, 26 November 1992  
VLR I Dr. Hauswedell

### **M e m o r a n d u m**

**Subject: State Minister Schmidbauer's Meeting with an Islamic Parliamentary Delegation led by Prof. Erbakan (Turkey) on 24 November 1992 in the Chancellor's Office [1]**

On 24 November 1992, State Minister Schmidbauer and Head of Department 6 welcomed an Islamic parliamentary delegation at the Chancellor's Office, led by Turkey's Deputy Prime Minister and Chairman of the Turkish Welfare Party, Prof. Dr. Necmettin Erbakan. The other members of the delegation were parliamentarians from Pakistan, Jordan, Malaysia, Egypt, and Bangladesh who could be considered as members of the Islamist-fundamentalist wings of their parties in their home countries (delegation list enclosed).

The delegation was welcomed at the Chancellor's Office at the instigation of the Konrad-Adenauer-Stiftung and the Chairman of the Foreign Relations Committee on "Human Rights and Humanitarian Help," Member of the Bundestag Friedrich Vogel (Ennepetal). In advance, it was agreed that the purpose of the delegation visit was to discuss the "possibilities of peacebuilding and improved mutual understanding between Islam and the West." As things turned out, the meeting proved that the delegation was pursuing much more specific political aims and alluded to the recent xenophobic assaults in Germany.

The delegation brought up the following concerns under Prof. Erbakan's leadership:

1. The delegation expressed the unease in the Islamic world with what they saw as the West's inability and unwillingness to appropriately protect the Muslims in Bosnia-Herzegovina and save them from annihilation.

The 1.5 billion people of the Islamic world would not stand by and watch the annihilation of Muslims in the Balkans. They expressed a clear preference for military means for the protection of the threatened Muslims. The West was not doing enough to counter the current anti-Muslim propaganda and assaults by the Serbs. This would reinforce the impression of a religious war in the Islamic world. Here, in a meeting of people with international experience, the problems could still be discussed rationally. On the level of ordinary people and in mosques, the problem was debated with much more emotion. The situation of the Muslims in the Balkans could lead to a new Balkan War, perhaps even to a new World War.

The delegation referred to increased ideas in Turkey about a potential joint military intervention with Iran and Pakistan for the protection of the Muslims. Germany was asked to endorse military operations by other states if Germany itself could not participate in military actions (which they understood).

2. In this context, the delegation complained about a general Western double standard vis-a-vis the Islamic peoples and states regarding the right to self-determination. The Islamic peoples were not granted self-determination, neither in Bosnia, Kashmir, or Azerbaijan.

3. Using much flattery, a third purpose was to portray Germany as the key Western partner for closer cooperation with the Islamic world in an effort to drive a wedge between Germany and the United States and our other Western partners. We were specifically asked to detach ourselves from Western alliances on the UN embargo measures vis-a-vis Libya and Iraq. We should permit humanitarian supplies of medicine and fertilizers in Iraq.

4. Regarding the improvement of German-Turkish relations, Prof. Erbakan brought up the following assessments and proposals, alluding to the most recent murders in Mölln:

- Television programs had had a dangerous impact on xenophobia in Germany. We should exercise caution (there was no further explanation about disputed programs).

- There was still a bias against Islam in German school books and other "official documents." A university institute in Cologne had specified the prejudices in an eight-volume compilation, including several detailed recommendations as well. Perhaps it was time for the establishment of a schoolbook commission to remove these prejudices.

- German laws were still too relaxed in terms of extremist perpetrators. Based on his experience, his recommendation was to fight terrorists by applying terrorist measures.

- The behavior of the Kurdish PKK in Germany should be reprimanded. It was clearly a terrorist organization. Although Germany's Minister of the Interior had prohibited the PKK from participating in the elections for a Kurdish national parliament, there were calls for the elections everywhere in Germany. This signaled that Germany did not strictly monitor the prohibition of political operations.

- Regarding the integration of the 1.6 million Turks in Germany, it was important that the federal government was willing to cooperate with Turkish organizations to foster integration. Joint programs were the best way for integration. They should be pursued in cooperation with mosques and other institutions. If this did not happen, tensions between Turkish and German population groups could rise.

State Minister Schmidbauer and Head of Department 6 discussed our positions on the points that were raised. They rejected the impression of the Balkan War as an overwhelmingly religious war, arguing that the West did not tacitly tolerate Serbian policies and their anti-Islamic component. Quite to the contrary, the West had been determined and had stood up against Serbia early on. Most recently, the Federal Republic of Germany had set a clear signal in favor of the threatened Muslims by establishing diplomatic relations with Bosnia-Herzegovina and reiterating its commitment that changing the existing frontiers with force was intolerable. The delegation's preference for a military solution was very dangerous, especially regarding the inclusion of military contingents by Islamic states. This would only further aggravate the existing civil war by adding a critical religious component.

Regarding the delegation's complaints about the injustices of the world order and the reputed discriminations of Islamist states and their peoples, Head of Department 6 said that the world order was shaped by the principles of equality, freedom of religion, and human rights. This was the best foundation for understanding between different religions and cultures.

(Dr. Hauswedell)

### **Council of Members of Parliaments of the Islamic Countries**

1. Prof. Dr. Necmettin Erbakan: Chairman of the Welfare Party Former Deputy Prime Minister of Turkey
2. Assistant Professor Dr. Abdullah Gül: Member of Turkish Parliament and Member of European Council Assembly
3. Mr. Kamil Sharif: Senator, Jordan Secretary General, International Dawa and Relief Organization
4. Mr. Liagat Baluch: Member, National Assembly of Pakistan
5. Mr. Abdul Hadi Awang: Member of Parliament of Malaysia Vice President, Party Islamic
6. Mr. Moteiur Rahman NIZAM: Sec. General Jamaat-e Islami, BD Leader of the Parliamentary Party
7. Mr. Jemaaladdin Kutup: Member of Egyptian Parliament Cairo

[\[1\]](#) BArch, B 136/59736, 248-252.